

Von: Hajo Gscheidmeyer, Bremen 28. November, 2018

„AUFSTEHEN für einen gesellschaftlichen Neubeginn. Für eine Regierung der politischen Vernunft“

Mit diesem Aufruf, die jeweils dringlichste Aufgabe anzusprechen, hat sich Ingo Schulze an jeden von uns gewandt. Nachstehend folgt, **was ich persönlich für den ersten und grundlegenden Schritt halte und aus welchen Gründen ich das tue.**

Das Schreiben eines alternativen Regierungsprogramms halte ich **nicht** für die wichtigste, ja geradezu für die **falsche** Aufgabe von mündigen Bürger*innen in einem demokratischen Rechtsstaat. Unsere Aufgabe ist nicht das Regieren (unrühmliches Beispiel dafür sind die Geschehnisse nach der französischen Revolution), sondern die oberste Gesetzgebung (die Verfassung) und unsere Rolle als deren Souverän.

Wie in der Präambel des Grundgesetzes gesagt, in Art.20.2 ausgeführt und in Art.146 versprochen, sind wir, das Volk, Souverän und uns steht die Hoheit über die Verfassung zu. Nur haben wir sie noch nicht inne, es muss erst noch realisiert werden; dieser Schritt wurde dem Volk bisher vorenthalten. (Das Grundgesetz wurde schon mehrere Hundertmale geändert, aber immer ohne Beteiligung der Bürger*innen.)

In der Verfassung können wir die Voraussetzungen für unser Zusammenleben und für das Wirken der drei geteilten Gewalten festlegen. Wir können dort deutlicher ausbuchstabieren, als es heute der Fall ist, was in Art.20.1 damit gemeint ist, das Deutschland ein demokratischer und **sozialer** Bundesstaat sei. Diese Macht steht uns zu. Wir müssen sie uns nur nehmen, indem wir das **passende Verfahren** bestimmen und durchführen zur **Verfassungsgebung durch das Volk.**

Dies halte ich für die erste essentielle Aufgabe in unserer Demokratie. Alles andere folgt daraus und nach diesem Schritt; dieser verwirklicht das Verfahren und die Rolle, wonach das Volk prozessual die Verfassungshoheit erhält und somit als höchster Gesetzgeber etabliert ist; die Aufgabe der Bürger*innen ist dann nicht länger reduziert auf bloße Vergabe von Wahlstimmen. Mit diesem Schritt sind wir der politische Akteur, von dem alle Staatsgewalt ausgeht. Ohne diesen Schritt arbeiten wir an Symptomen der Übel, nicht an deren Wurzel.

In der Praxis ließen sich aus den 299 Wahlkreisen vom Volk direkt gewählte Vertreter für einen Verfassungskonvent wählen. Dieser Konvent könnte ausgehend vom Text des Grundgesetzes in interner Beratung und in inniger Kommunikation mit seinen jeweiligen Wählern einen neuen Verfassungsvorschlag erarbeiten und durch das Volk in Kraft setzen lassen. Für diesen Prozess kann man sich die Zeit nehmen, die erforderlich ist. Unsere Demokratie gewinnt vom ersten Tage durch die vielen entstehenden Dialoge unter allen Bundesbürger*innen und im Konvent.